

Bundesjugendschreiben 2019 – Praktikerklasse 2 (160 bis 340 Silben)

Der Globale Migrationspakt der Vereinten Nationen

Vorher anzugeben: Marokko (1), Genfer Flüchtlingskonvention (6.) New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten (6.), der Hohe Flüchtlingskommissar (8.), Charta (10.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 10. Dezember 2018 wurde auf einer Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitglieds-

¼

staaten der Vereinten Nationen in Marokko der Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration verabschiedet.

½

Damit möchte die internationale Gemeinschaft globale Verantwortung zur besseren Steuerung und Ordnung weltweiter Migration

¾

übernehmen. Der Migrationspakt wurde von den Vereinten Nationen erarbeitet. Er soll die Grundlage für eine umfassende interna-

1./160

tionale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik bilden. Der Pakt bezieht sich ausdrücklich auf das breite Spektrum von Migranten, nicht aber auf Flüchtlinge.

¼

Ziel des Globalen Migrationspaktes der Vereinten Nationen ist es, im internationalen Rahmen eine sichere, geordnete und legale Migra-

½

tion zu fördern. Gleichzeitig sieht der Pakt vor, illegale Migration insgesamt zu reduzieren. Der Migrationspakt fordert alle Länder dazu auf, den Schutz

¾

von Migranten zu gewährleisten. Neben politischen Zielen formuliert der Pakt konkrete mögliche Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Bei dem Globalen

2./180

Migrationspakt der Vereinten Nationen handelt es sich nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag. Er ist rechtlich nicht bindend, hat aber eine hohe politische Bedeutung. Die

¼

nationale Souveränität der Staaten in Grenz- und Sicherheitsfragen bleibt ausdrücklich unberührt. Damit fördert der Pakt bestehende Wege der gesteuerten legalen Migra-

½

tion, ohne die Zuwanderungsmöglichkeiten auszuweiten. Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung setzt sich bereits seit geraumer Zeit dafür ein, im europäischen und im

¾

internationalen Rahmen den Herausforderungen von Migration zu begegnen und tragfähige Lösungen zu finden. Daher hat sich Deutschland von Anfang an gemeinsam mit

3./200

den Partnern in der Europäischen Union intensiv in die Verhandlungen zum Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen eingebracht. Der Pakt bindet erstmals Herkunfts-, Transit- und Zielländer

¼

ein, um nach gemeinsamen Lösungen in Migrationsfragen zu suchen. Damit setzt er ein wichtiges Zeichen für die Notwendigkeit, bei globalen Herausforderungen abgestimmte Lösungen zu

½

finden. Die Vereinten Nationen und die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland haben sich bemüht, die Öffentlichkeit von Anfang an in die Aushandlungen des Globalen Paktes einzubinden.

¾

Auch der Deutsche Bundestag und die Zivilgesellschaft wurden von Anfang an in den Aushandlungsprozess eingebunden. Während der Verhandlungen gab es fünf große Beratungs- und Anhörungsrunden bei den

4./220

Vereinten Nationen. Hierzu wurden alle Fraktionen des Deutschen Bundestages eingeladen. Einige Fraktionen kamen der Einladung nach und haben an den Beratungs- und Anhörungsrunden teilgenommen. Nach

¼

Abschluss der Verhandlungen hat die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland mehrfach aktiv in der Regierungspressekonferenz und in den sozialen Medien über den Globalen Migrationspakt der Vereinten

½

Nationen informiert. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland sieht in dem Globalen Migrationspakt der Vereinten Nationen einen Beitrag zur Eindämmung illegaler Einwanderung. Der Pakt

¾

betont die Souveränität der Staaten in Einwanderungsfragen. Die Regierungskoalition sicherte in einem in den Bundestag eingebrachten Entschließungsantrag die Bewahrung der nationalen Souveränität

5./240

Deutschlands zu. Meine Damen und Herren! Auslöser für die Erarbeitung des Globalen Migrationspaktes waren die Migrationsbewegungen des Jahres 2015, als mehr als eine Million Menschen aus Drittstaaten

¼

in die Europäische Union kamen. Schon damals bestanden mit der Genfer Flüchtlingskonvention zwar Regeln für den Umgang mit Flüchtlingen, nicht aber für sonstige Migranten. Die Europäer drängten deshalb bei den Vereinten Nationen

½

darauf, globale Leitsätze für die Migrationspolitik zu entwickeln. Angesichts der zunehmenden weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen tagte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 19.

¾

September 2016 zu dem Thema. Die 193 Mitgliedsstaaten verabschiedeten die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten. Darin bekräftigten die Staaten die bestehenden internationalen

6./260

Schutzvereinbarungen in einem Dokument. Um das Flüchtlingsproblem besser bewältigen zu können, beauftragten sie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, bis 2018 eine globale Übereinkunft zur besseren Teilung der Verantwortung

¼

für Flüchtlinge sowie eine globale Übereinkunft für den Umgang mit Migranten und Migration zu erarbeiten. Die Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen erklärte im Jahr 2017

½

gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dass sich die Vereinigten Staaten nicht mehr an die Erklärung von New York halten werden, da diese nach Ansicht der amerikanischen Regierung nicht mit der staatlichen Souveränität der

¾

Vereinigten Staaten vereinbar sei. Die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika kam angesichts der harten Linie der amerikanischen Regierung in der Migrationspolitik nicht überraschend. Neben den Vereinigten

7./280

Staaten von Amerika stimmten aber noch weitere 27 Staaten dem Globalen Migrationspakt bei der Konferenz am 10. Dezember 2018 nicht zu, darunter auch Österreich und Italien. Aber auch einige osteuropäische Staaten,

¼

die eine strikte Einwanderungspolitik betreiben, lehnten das Abkommen ab. Meine Damen und Herren! Neben dem Globalen Migrationspakt wurde auch der Globale Pakt für Flüchtlinge der Vereinten Nationen im Jahr 2018 verabschiedet. Der Globale

½

Pakt für Flüchtlinge ist eine internationale Vereinbarung, die mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen erarbeitet wurde, um eine angemessene Lasten- und Verantwortungsverteilung in Flüchtlingsfragen unter allen Mitgliedsstaaten der

¾

Vereinten Nationen zu erreichen. Der Flüchtlingspakt wurde am 17. Dezember 2018 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit den Stimmen von 181 Staaten offiziell angenommen. Hintergrund für die Vereinbarung

8./300

waren weltweit stark gestiegene Flüchtlingszahlen und der damit einhergehende höhere Mittelbedarf des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, der in der Vergangenheit nicht immer gedeckt werden konnte. Durch den rechtlich unverbindlichen Pakt soll die internationale Zusammen-

¼

arbeit in Flüchtlingsfragen verbessert und eine gerechtere Lastenteilung erreicht werden. Beides ist dringend notwendig. Die globalen Flüchtlingszahlen sind in den vergangenen Jahren in der Folge von Kriegen und anderen Konflikten auf fast 70 Millionen Menschen gestiegen, jedoch

½

wurden 80 Prozent der weltweiten Flüchtlinge von insgesamt nur zehn Ländern aufgenommen. Bis auf Deutschland sind dies Entwicklungs- und Schwellenländer in unmittelbarer Nachbarschaft der Herkunftsländer. Große Fluchtbewegungen sind jedoch eine Herausforderung für alle Staaten. Sie können nur durch

¾

gemeinsame Anstrengungen bewältigt werden. Der Flüchtlingspakt der Vereinten Nationen formuliert erstmals konkrete Maßnahmen für eine gerechtere Verantwortungsteilung. Staaten sollen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und andere Akteure im humanitären und

9./320

entwicklungspolitischen Bereich unterstützen. Durch die eigene Aufnahme von Flüchtlingen sollen alle Mitgliedsstaaten dazu beitragen, dass nicht einige wenige Länder unverhältnismäßig viele Flüchtlinge aufnehmen müssen. Meine Damen und Herren! Die Herbeiführung einer internationalen

¼

Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme humanitärer Art ist ein Kernziel der Vereinten Nationen gemäß ihrer Charta und steht im Einklang mit dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten. Auch im Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 ist

½

festgehalten, dass eine befriedigende Lösung für Flüchtlingssituationen ohne internationale Zusammenarbeit nicht erreicht werden kann. Dieser langjährige Grundsatz muss unbedingt in konkrete und praktische Maßnahmen umgesetzt werden. Vor diesem Hintergrund soll der Globale Pakt für

¾

Flüchtlinge Grundlage für eine ausgewogene Lasten- und Verantwortungsteilung zwischen allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und anderen relevanten Interessenträgern sein, darunter auch internationale Organisationen außerhalb des Systems der Vereinten Nationen.

10./340

Beginn der 4. Minute: den Partnern in der ...

(TS)